

Österreichs Weg nach Durban

15 Forderungen der Allianz für Klimagerechtigkeit
an die Bundesregierung

15 Forderungen der Allianz für Klimagerechtigkeit an die Bundesregierung

Themenbereich internationale Verhandlungen

1. Österreich bekennt sich zum Ziel der internationalen Staatengemeinschaft, die globale Erwärmung möglichst weit unter 2°C zu halten. Um dieses in Cancún vereinbarte Ziel zu erreichen, ist bis 2050 eine Senkung des jährlichen globalen Treibhausgasausstoßes um 50 bis 85 Prozent gegenüber 1990 notwendig. Spätestens 2015 müssen die globalen Emissionen, inklusive jener der Entwicklungsländer, sinken. Gleichzeitig muss sich Österreich für Klimawandelanpassung und Katastrophenvorsorge vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt einsetzen. Diese leiden bereits heute am meisten unter den Folgen des Klimawandels.
2. Österreich wird seinen fairen Anteil an der Reduktion von Treibhausgasen leisten. Als gerechten Beitrag zum 2°C-Ziel der UNO spricht sich Österreich dafür aus, dass die EU den Treibhausgasausstoß bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 senkt. Als ersten Schritt soll die EU ihr Klimaziel auf 30 Prozent Reduktionen im Inland erhöhen. Das beinhaltet auch eine Anpassung der österreichischen Klimaziele, die derzeit vorsehen, bis 2020 nur 3,4 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Gleichzeitig soll verfassungsrechtlich verbindlich verankert werden, dass Österreich bis 2050 weitgehend CO₂-neutral wird.
3. Österreich setzt sich für ein völkerrechtlich verbindliches Klimaabkommen ein, das die wissenschaftlichen Vorgaben erfüllt und Sanktionsmechanismen beinhaltet. Österreich unterstützt eine zweite Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll und wendet sich damit gegen den seit der Klimakonferenz von Kopenhagen immer stärker vertretenen "Pledge and review"-Ansatz, in dem Zusagen von Treibhausgasreduktionen nur auf freiwilliger Basis abgegeben und kontrolliert werden.
4. Österreich setzt auf Klimaschutzpolitik im Inland und verzichtet auf den Einsatz von Offsetting-Mechanismen. Der Einsatz dieser Instrumente ist sehr kostspielig und verschiebt notwendige Maßnahmen nur auf später. Österreich spricht sich daher auch konsequent gegen die angedachte Ausweitung der Kohlenstoffmärkte und neue Marktmechanismen aus, die ein Schlupfloch für Industrienationen darstellen, um notwendige Treibhausgasreduktionen im Inland weiter auf die lange Bank schieben zu können.
5. Österreich setzt sich aktiv dafür ein, dass das in Durban zu beschließende globale Klimaabkommen geschlechtergerecht ist und höchstmögliche Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Umweltzielen herstellt. Österreich stellt sicher, dass die notwendigen weltweiten Emissionsreduktionen nicht durch CO₂-intensive Entwicklungsinitiativen torpediert werden und setzt sich dafür ein, dass Klimaschutzstrategien in Schwellen- und Entwicklungsländern so ausgerichtet sind, dass die Millennium-Entwicklungsziele unterstützt und nicht untergraben werden.

15 Forderungen der Allianz für Klimagerechtigkeit an die Österreichische Bundesregierung

Themenbereich Wald

6. Der Stopp der Entwaldung muss einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten. Österreich setzt sich deshalb bei den Klimaverhandlungen in Durban für das klare und ambitionierte Reduktionsziel im Bereich Entwaldung und Waldzerstörung ein, bis 2020 die Entwaldung völlig zu stoppen. Österreich stellt sicher, dass der Waldschutz auch mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet wird und keine Anbindung an den CDM-Markt erfolgt.
7. Gemeinsam mit der EU stellt Österreich sicher, dass die globalen Regelungen zum Erhalt der Wälder nicht nur verbindliche soziale Standards und Leitlinien (social safeguards) beinhalten, sondern auch entsprechende Mechanismen, Bericht- und Kontrollsysteme festgeschrieben werden, welche die Rechte indigener Völker sowie lokaler Gemeinden wahren, deren Mitbestimmung bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen explizit sicherstellen und eine gerechte Verteilung der Gelder gewährleisten.
8. Darüber hinaus setzt sich Österreich dafür ein, dass über Forstüberwachungs-, Berichts- und Überprüfungssysteme (MRV) die Reduzierungen der durch Entwaldung und Waldschädigung verursachten Emissionen überwacht, gemessen und darüber nach einheitlichen Standards berichtet werden. Es muss sichergestellt werden, dass es nicht zu einer Verlagerung von Entwaldung kommt (leakage). Die österreichische Regierung fordert deshalb die Verankerung des globalen Waldschutzmechanismus auf nationaler Ebene. Subnationale Programme können nationale ergänzen, dürfen sie jedoch nicht ersetzen.
9. Industrienationen wie Österreich, die völkerrechtlich verbindliche Reduktionsziele haben, stellen sicher, dass jede Tonne CO₂, die durch die Nutzung von Wäldern in Industrienationen emittiert wird, auch gezählt wird (Land Use, Land-Use Change And Forestry, LULUCF). Es zieht daher seine Unterstützung des problematischen "Reference-Level-Approach" zurück, bei dem Staaten fiktive Szenarien der Waldentwicklung erstellen und nur die Abweichung davon bilanzieren. Bei Einführung dieses Bilanzierungskonzepts könnten rund 450 Megatonnen CO₂ unbilanziert in die Atmosphäre gelangen, was die Klimaziele der Industrienationen empfindlich verwässern würde.

15 Forderungen der Allianz für Klimagerechtigkeit an die Österreichische Bundesregierung

Themenbereich Finanzierung

10. Österreich vertritt innerhalb der EU konsequent das Verursacherprinzip und setzt sich dafür ein, dass die EU ihren fairen Anteil an der Klimafinanzierung übernimmt. Die Industriestaaten als Hauptverursacher des Klimawandels müssen die Kosten für die verursachten Schäden übernehmen und die Entwicklungsstaaten finanziell dabei unterstützen, auf kohlenstoffarme Entwicklungspfade einzuschwenken. Dafür könnten laut jüngsten UN-Schätzungen 500 bis 600 Mrd. US-Dollar jährlich notwendig sein. Die in Cancún erneut seitens der Industrieländer zugesagten 100 Mrd. US-Dollar jährlich ab 2020 müssen als erster Schritt rasch in verbindliche Zusagen verwandelt werden, um Vertrauen zwischen Entwicklungs- und Industriestaaten aufzubauen. Die Cancún-Übereinkunft spricht davon, dass der Betrag aus einem Mix aus privaten und öffentlichen Quellen aufzubringen ist. Österreich setzt sich aber dafür ein, dass dieser ausschließlich durch öffentliche Gelder bereitgestellt wird. Neue Quellen wie eine Finanztransaktionssteuer, eine Solidaritätsabgabe auf internationale Flugtickets oder eine globale CO₂-Steuer können und sollen erschlossen werden.
11. Gemäß den eingegangenen Verpflichtungen müssen sämtliche Finanzmittel neu und zusätzlich sein. Österreich kann bei der Umsetzung der Anschubfinanzierung (Fast Start Finance, FSF) – für die Jahre 2010 bis 2012 wurden 120 Millionen Euro zugesagt – beweisen, dass es nicht "Anrechnungsweltmeister" ist, sondern verlässlich zu seinen Zusagen steht. Bis zum Vorliegen einer verbindlichen Definition und entsprechenden Kriterien von Zusätzlichkeit auf UN- und EU-Ebene macht Österreich seine eigene Definition öffentlich und transparent. Neue und zusätzliche Klimagelder müssen über die bisherigen Verpflichtungen an Entwicklungsländer hinausgehen, etwa die Verpflichtungen der EU, bis 2015 0,7 % des BIP als öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) zur Verfügung zu stellen. Doppelzählungen und Umleitungen von Geldern sind auszuschließen.
12. Österreich setzt sich dafür ein, dass multilaterale Klimafonds derart gestaltet werden, dass diese unter der Oberhoheit des UNFCCC stehen, Entwicklungsländern direkter Zugang zu Mitteln gewährt wird, Entwicklungs- und Industrieländer in Entscheidungsgremien gleichberechtigt vertreten sind, Mitsprachemöglichkeiten für die Zivilgesellschaft geschaffen werden, VertreterInnen armer und marginalisierter Bevölkerungsschichten innerhalb dieser Länder an Entscheidungen beteiligt werden, auf Gender-Gerechtigkeit geachtet wird und die Weltbank aufgrund ihrer belasteten Klima-Geschichte keine Rolle spielt. Der neu geschaffene Green Climate Fund (GCF) sowie der Kyoto Protocol Adaptation Fund entsprechen diesen Grundsätzen weitgehend und sollen deshalb für die Klimafinanzierung priorisiert werden.

15 Forderungen der Allianz für Klimagerechtigkeit an die Österreichische Bundesregierung

Themenbereich Technologietransfer

13. Österreich setzt sich dafür ein, dass Entwicklungsländer für die Senkung ihrer Emissionen durch erleichterten Zugang zu lokal anwendbaren, dezentralen und angemessenen Klimaschutztechnologien unterstützt werden. Von der Unterstützung ökologisch und entwicklungspolitisch bedenklicher Großprojekte wie Mega-Dämmen, CCS (Carbon Capture and Storage), Atomkraft und Agrotreibstoffexporten wird Abstand genommen. Die Einrichtung eines Technology Executive Committee, das in Cancún beschlossen wurde, ist ein erster positiver Schritt. Allerdings wurden Themen wie geistige Eigentumsrechte und der damit zusammenhängenden Beschaffungsmöglichkeit bzw. Leistbarkeit von Patentlizenzen, die in dieser Materie wichtig sind, in Cancún aber ausgeklammert. Hier müssen Lösungen gefunden werden, die die technologische Entwicklung von Entwicklungsländern begünstigen.

Themenbereich Klimawandelanpassung

14. Österreich anerkennt die Tatsache, dass in extremer Armut lebende Menschen, darunter vor allem Frauen und Kinder, bereits jetzt besonders unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden. Jeder Euro, der präventiv, also in Klimawandelanpassung und Katastrophenvorsorge investiert wird, spart vier Euro für Katastrophenhilfe. Die finanziellen Leistungen für Klimawandelanpassung müssen zusätzlich zu den bereits eingegangenen Verpflichtungen - allen voran dem 0,7 Prozent-ODA-Ziel - erfolgen. Es muss sichergestellt werden, dass diese Mittel der ärmsten und vom Klimawandel am stärksten betroffenen Bevölkerung in gendergerechter Weise zugute kommen.
15. Österreich erkennt an, dass Männer und Frauen in Entwicklungsländern gleichermaßen bei der Planung, Entscheidung und Umsetzung von Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen mit einbezogen werden müssen, um so auf die Bedürfnisse, Prioritäten und Kenntnisse der gesamten betroffenen Bevölkerung einzugehen, deren Rechte zu stärken und alle Beiträge zu einer anpassungsfähigen und klimafreundlichen Gesellschaft wertzuschätzen.

September 2011

15 Forderungen der Allianz für Klimagerechtigkeit an die Österreichische Bundesregierung

AutorInnen: Johannes Wahlmüller (GLOBAL 2000), Herbert Wasserbauer (Dreikönigsaktion), Annabella Musel (WWF) Jahn Christopher (Rotes Kreuz), Agnes Otzelberger (CARE), Georg Klimes (Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO), Angelika Gerstacker (CARE)

Mitgliedsorganisationen:

AG Globale Verantwortung

Arche Noah

ARGE Weltläden

Ärzte und Ärztinnen für eine gesunde Umwelt

Dreikönigsaktion der katholischen Jungschar

„die umweltberatung“ Österreich

CARE Österreich

GLOBAL 2000

Greenpeace Österreich

HORIZONT3000

IUFE - Institut für Umwelt, Friede und Entwicklung

Klimabündnis Österreich

Konferenz der Umweltbeauftragten der katholischen und evangelischen Kirche Österreichs

Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz f. internationale Entwicklung und Mission (KOO)

Naturfreunde Internationale

Südwind-Entwicklungspolitik

Worldwide Fund for Nature Österreich (WWF)

Ökobüro

Ökosoziales Forum

Österreichisches Rotes Kreuz

ÖIE Kärnten, Bündnis Eine Welt

Verein der Freunde der Pilgrim Schule

Die Allianz für Klimagerechtigkeit dient als dauerhafte Themenplattform österreichischer Nichtregierungsorganisationen (NROs), die in den Bereichen Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit (EZA), Soziales und Humanitäre Hilfe tätig sind. Sie setzt sich für mehr Klimaschutz in Österreich und für internationale Klimagerechtigkeit ein und will Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen Klima und Entwicklung bei der breiten Öffentlichkeit, MeinungsbildnerInnen, Behörden und EntscheidungsträgerInnen schaffen.